

5. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 25. Mai 1955

302/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. M a l e t a, Dr. K r a n z l m a y r, G r i e ß n e r
und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe,
betreffend die Entwicklung des verstaatlichten Betriebes Schoeller-
Bleckmann.

---o---o---

Schon seit geraumer Zeit bildet der verstaatlichte Betrieb Schoeller-Bleckmann-Werke den Gegenstand der Besorgnis und der Kritik. In jüngster Zeit wurde dem Generaldirektor dieses Unternehmens, Doktor Grassinger, auch in der Presse der Vorwurf schwerer Fehlinvestitionen und grober Unzulänglichkeit gemacht. Dessen ungeachtet hat das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe bisnun nichts unternommen, um auf die Führung dieses Betriebes ordnend Einfluß zu nehmen. Es kann daher nicht überraschen, daß der Rechnungshof auf dieses Versäumnis des Ministeriums und die geschilderte Mißwirtschaft in dem in Rede stehenden Betrieb schärfstens reagiert. Denn durch die Fehlinvestitionen sind nicht nur erhebliche Mittel des Staates unzweckmäßig verwendet, zu einem guten Teil schlechthin vergeudet worden, sondern es wird auch notwendig sein, um den Betrieb wieder wirtschaftlich zu sanieren, neue, und zwar erhebliche öffentliche Mittel auf ihn zu verwenden. Nur durch eine grundlegende Sanierung des Betriebes kann das letzte Ziel der Verstaatlichung, die Sicherung der Arbeitsplätze der Angestellten und Arbeiter, erreicht werden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe die

A n f r a g e n:

1) Was hat den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe veranlaßt, obwohl er über die besorgniserregenden Vorgänge in diesem Betrieb in Kenntnis sein muß, bisnun die erforderlichen Veränderungen in der Leitung dieses Betriebes zu unterlassen?

2) Ist der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe bereit, unverzüglich die Abberufung des an den Mißhelligkeiten in dem genannten Betrieb eindeutig schuldtragenden Generaldirektors Doktor Grassinger herbeizuführen?

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 25. Mai 1955

3) Ist der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe bereit, unverzüglich den Schaden feststellen zu lassen, der durch die unglückliche Führung des genannten Betriebes durch Dr. Grassinger der Republik entstanden ist, und welche rechtlichen Folgerungen gedenkt der Herr Bundesminister daraus zu ziehen?

4) Warum hat der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe seine Wahrnehmungen über die Mißwirtschaft in diesem Betrieb dem Ausschuß für verstaatlichte Betriebe des Nationalrates nicht bekanntgegeben? Diese Betriebe gehören dem Volk. Es ist daher erste Pflicht des Ressortministers, die Repräsentanten des Volkes, den Nationalrat bzw. den von diesem für den bestimmten Zweck berufenen Ausschuß unterrichtet zu halten. Ist der Herr Minister bereit, in Zukunft diese Verpflichtung sorgfältig wahrzunehmen?

5) Welche Sanierungsmaßnahmen vermag der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe in Vorschlag zu bringen, die die gesunde und zielsichere Führung des Betriebes sicherstellen und der Arbeiterschaft eine verlässliche Garantie der Aufrechterhaltung ihrer Arbeitsplätze gewähren?

--- --